

## Elmar Altvater Gramsci in der BRD: Eine Theorie wird gefiltert.\*

Im geteilten Deutschland ist auch Gramsci geteilt worden: in der DDR wurde ihm der Respekt zuteil, der ihm als Antifaschisten, der im Gefängnis sterben mußte, und als Führer der KPI und als Persönlichkeit der III. Internationale zukommt. Seine theoretischen und politisch-strategischen Arbeiten hingegen blieben von geringerem Interesse, da ja mit dem »Marxismus-Leninismus« sowohl eine fertige Gesellschaftstheorie als auch deren philosophische Grundlegung voll ausgebildet und gegeben war, an der man auch mit Gramscis theoretischen Fragen und politischen Zweifeln nicht rühren oder gar rütteln ließ. So fungierte Gramsci eher wie eine Nippes-Figur auf dem Regal für teure Andenken, denn als Bestandteil der Bibliothek notwendigen Wissens für denjenigen, der in der DDR »Diamat« zu studieren hatte.

Ganz anders im westlichen Teil Deutschlands. Die erste Publikation einer Auswahl von Schriften Antonio Gramscis in der BRD erscheint 1967, eingeleitet von Wolfgang Abendroth und herausgegeben von Christian Riechers. Abendroth betont denn auch das Neue der Edition: Gramsci sei zwar den linken Intellektuellen der BRD als Name längst geläufig, jedoch habe ihn kaum jemand zur Kenntnis nehmen können; die Italophilie der westdeutschen Linken, die dann auch zu einem explosionsartigen Anschwellen der Sprachkompetenz führte, begann schließlich erst in den 70er Jahren. Es ist daher kein Zufall, wenn Riechers in der Einleitung zu »Philosophie der Praxis. Eine Auswahl« Gramsci mit dem damals der Linken viel vertrauteren Mao Tse Tung vergleicht: als heterodoxen Marxisten, der den »Marxismus voluntaristisch« interpretiere, »die hervorragende Rolle der revolutionären Praxis (betont), die aktivierende Rolle des Überbaus (hervorhebt)«. Beide, der Chinese und der Italiener, so Riechers, verträten eine »aufklärerische Grundposition einer permanenten Reform des Bewußtseins der Volksmassen«. Der darin implizierte »Idealismus«-Vorwurf an die Adresse Gramscis wird von Riechers später auf die gesamte Parteigeschichte der KPI ausgedehnt, und zwar von linkskommunistischer, bordighianischer Position aus. Der Blickwinkel, aus dem die Lektüre Gramscis — wenn überhaupt — erfolgte, war damit markiert.

Die Auswahl von Texten (aus dem »Ordine Nuovo« und aus den »Quaderni del Carcere«) blieb lange Zeit die einzige deutschsprachige Quelle für diejenigen, die sich mit Gramsci beschäftigen wollten. Allerdings folgte Anfang der 70er Jahre eine Sammlung von Aufsätzen Gramscis zur Frage der Räte; aktueller Anlaß war die neu entflammte Rätediskussion nach dem Pariser Mai (Räte von Saclay) und dem *autunno caldo* der Turiner Rätebewegung nach 1969. Auch hier wieder das Strukturmerkmal der Gramsci-Debatte in der BRD: selektiv werden bestimmte Texte aufgegriffen, die in eine gerade aktuelle und nicht mit langer Perspektive geführte Diskussion passen.

\* aus: »Rinacita«-Sonderausgabe (Ende Januar 1987) zum 50. Todestag von A. Gramsci.

## Verschlungene Wege der Gramsci-Rezeption

Es können die verschlungenen Wege nicht unterschlagen werden, auf denen die Rezeption Gramscis dann doch »aufgeherrscht« wurde: Ich selbst erinnere mich an Diskussionen vor dem 21. August in der CSSR mit Intellektuellen des »Prager Frühlings«, die den Versuch machten, die politischen Verwerfungen und Tendenzen in ihrer Gesellschaft mit Gramsci zu deuten und ihnen eine Richtung zu geben. Gramsci war ganz zweifellos ein bedeutender theoretischer Gegenpart zu den ökonomistischen Interpretationen des »realen Sozialismus« und gegen die Nonchalance, mit der die gesellschafts-synthetische Kraft des politischen Systems und der Formen von Bewußtsein und Ideologie behandelt wurden. In dieser Lage waren die Kritiker selbst noch Kinder und Opfer des Kritisierten, und Gramsci schien die kategorialen Mauern brechen zu können, die den Zugang zu einem nicht-orthodoxen, frischen Marxismus versperrten, nach dem durch Studentenbewegung, spontane Streiks, Reformaufbruch in Osteuropa gegen Ende der 60er Jahre ein heftiges, die nationalen Grenzen überschreitendes Bedürfnis vorhanden war.

Doch bevor die »eigentliche« Gramsci-Rezeption in der BRD Mitte der 70er Jahre begann, entstanden drei Filter, die ihr dann auch die »nationale« westdeutsche Spezifik gaben. Der *erste Filter* war die anti-gramscianische enthusiastische, ja triumphalistische Aufnahme der »italienischen Klassenkämpfe« zu Beginn der 70er Jahre durch die Brille der spontanen Klassenorganisationen von »Potere Operaio« bis zu »Lotta continua«. »Wir wollen alles« blieb in der perfektionistischen BRD, die ja auch ihre Linke einfärbte, keine Parole, sondern wurde in einer — kurzlebigen zwar — aber verbreiteten Zeitung zur Propagierung der Klassenkonfrontation. Auch die Theorien des »Operaismo« und des »Planstaats« (vor allem die Schriften von Antonio Negri), die die Fabrik zum Zentrum des gesellschaftlichen Machtkonflikts erklärten, fanden mehr Interesse als der »Idealismus und Revisionismus« Gramscis. Der Operaist Tronti wurde übersetzt und breit rezipiert (»Arbeiter und Kapital«); sein späterer theoretischer Schwenk hingegen wurde kaum zur Kenntnis genommen. Johannes Agnoli zog in »Die Politik des Kapitals« die politischen Konsequenzen aus diesem theoretischen Ansatz: gegen die Organisation und für den Spontaneismus; gegen die Integration und für die Klassenpolitik in der Fabrik. Für viele wurde die Form der Militanz zu einem Fetisch, der es zu verhindern vermochte, daß Reflexionen über die Inhalte und die Perspektiven, über die Formen politischer und gesellschaftlicher Ordnung, nach der Phase der Militanz zumal, geführt werden konnten. Es schien, als ob Militanz, etwas in jeder Hinsicht Nicht-Alltägliches, zur emphatisch betonten Routine des Alltagslebens zu werden hätte und jeder, der sich diesem Projekt verweigerte, wurde dementsprechend des Verrats bezichtigt. Gar nicht paradoxerweise trafen sich in dieser Einschätzung sowohl die westdeutschen spontaneistischen Gruppen und Personen als auch die orthodoxen ML-Parteiaufbauer zu gespenstischer Ein- und Niedertracht.

Der *zweite Filter* war die »Rekonstruktion der Kritik der Politischen Ökonomie«, an die sich mit verbissener Leidenschaft Ende der 60er Jahre größere Teile der akademischen Linken machten. »Das Kapital« wurde studiert, manchmal buchstabenorientiert ohne Blick über die Seitenränder der »Marx-Engels-Werke« hinaus auf die triste politische Wirklichkeit der BRD, die sich zu Beginn der 70er Jahre mit dem »Berufsverbot« in eine autoritäre

Demokratie nach den ersten Jahren des »Aufbruchs zu Reformen« unter der sozialliberalen Koalition verkehrte. Teilweise wurde die »Kapital-Lektüre« wie das Sesam-Öffnendich zur Erkenntnis der gegenwärtigen Welt verstanden; und dort, wo die Reichweite der Marxschen Kategorien aufhörte, setzten die »Ableitungen« von Formen der gesellschaftlichen Reproduktion und politischen Organisation und Institutionenbildung ein, z.B. die »Staatsableitung«. Nichts dagegen einzuwenden! Aus dieser Debatte sind einige wichtige Analysen hervorgegangen, die heute zu Unrecht vergessen oder verdrängt sind. Doch war der theoretische Horizont der Debatte begrenzt: auf die Formseite des Staates nämlich, nicht auf seine Institutionen, nicht auf das Regelwerk von demokratischen Gesellschaften oder die stabilisierenden Mechanismen von Bewußtseinsformen zielend, also auf die Themen, die mit Gramscis Theorie hätten erschlossen werden könne. Verständlich ist dies allemal, wenn man sich des Anlasses der »Staatsableitungs-Diskussion« erinnert: im Beitrag von Müller und Neusüß (1970), der die Debatte eröffnete, wurde explizit der Gegenstand der Kritik bezeichnet: der alte und neue Revisionismus und Reformismus, der infolge theoretischer Mängel davon ausging, daß in der modernen bürgerlichen Gesellschaft dem Staat die Kapazitäten der Regulierung des ökonomischen Prozesses zur Verfügung stünden, mit denen Krisen vermieden oder gesteuert werden könnten. Der Aufsatz war beinahe eine Blasphemie und erntete dementsprechend harte Kritiken derjenigen, die sich angegriffen fühlten. Immer noch ist dieser Aufsatz (wie andere auch) lesenswert; doch arbeitete die Staatsableitungsdebatte mit Kategorien, die sich einer Öffnung zu Gramscis politischer Theorie sperrten.

### **Die historische Eigenart der westdeutschen Linken**

Verständlich ist diese Begrenzung aus der Entstehungsgeschichte und dem politischen Erfahrungsschatz der westdeutschen Linken: Anders als in den meisten anderen westeuropäischen Gesellschaften war die Linke marginalisiert, teilweise (wie die Kommunistische Partei seit 1956) kriminalisiert. Zur politischen Machtlosigkeit verurteilt, dämmerte kaum jemandem die Notwendigkeit einer Theorie nicht der Reproduktion ökonomischer sondern der Entstehung und Organisation politischer Macht. Freilich ist zu berücksichtigen, daß die einfachen Formeln über den Machterwerb von Hilferding und anderen sozialdemokratischen Theoretikern der 20er Jahre grundlegend kompromittiert waren und als neuer theoretischer Anknüpfungspunkt nicht viel taugten. Hinzu kommt noch, daß die große theoretische Tradition in Deutschland durch die brutale Liquidation der kritischen Intelligenz im Nationalsozialismus unterbrochen, in der Adenauer-Ära im Fieber des »Wirtschaftswunders« stillgestellt, und durch die Ulbrichts etc. in der DDR kompromittiert worden war, so daß der Linken die selbstverständlichen, wenig aufregenden Anknüpfungspunkte fehlten, an denen Theorieentwicklung hätte fortgesetzt werden können. So geriet die »Rekonstruktion der Kritik der Politischen Ökonomie« zu einem begeisternden Abenteuer, zu einer Fahrt in die »blauen Bände« (der Marx-Engels-Werke), die neben sich keine andere Route duldete. »Kritik der bürgerlichen Wissenschaft« war en vogue, häufig allerdings in einer Form, die erstens dem Kritisierten äußerlich blieb und zweitens in der

Selbstgewißheit des Wissenden betrieben wurde, ohne Neugier und das notwendige Maß Unsicherheit, das allein es möglich macht zu lernen. Man erinnere sich nur daran, wie in dieser Phase mit Max Weber umgegangen wurde: wie mit einem Pappkameraden, auf den der junge Marxist seine ersten kategorialen Schießübungen praktizieren durfte.

Der *dritte Filter*, das war der französische Strukturalismus, vor allem in der Version Althusser. Über Althusser (»Das Kapital lesen«) ist Gramsci in die westdeutsche Diskussion gebracht und daher »anti-humanistisch« rezipiert worden. Interessant schien lediglich die politische Theorie zu sein. Althusser's Schrift über »Ideologie und ideologische Staatsapparate« ebenso wie die Klassen- und Staatstheorie Poulantzas wurden — so stellte Althusser seine Schrift selbst vor — als Fortentwicklungen der Unterscheidung Gramscis zwischen *società politica* und *società civile* gelesen: in die Richtung der Unterscheidung zwischen repressiven und ideologischen Staatsapparaten. Joachim Hirsch fügte den beiden Ensembles von Apparaten noch einen dritten hinzu: die massenintegrativen, in die er Gewerkschaften usw. hineindefinierte. Daß bei einem Unterfangen dieser Art gerade die Besonderheit und theoretische Feinheit Gramscis verloren ging, der ja Institutionen gerade nicht als Apparate verstand, sondern neben ihrer materiellen, apparathaften die immaterielle Existenz (die Kirche *und* der Glaube) betonte, blieb lange unerkannt, zumal ein politisches »Aha-Erlebnis« damit zu gewinnen war, zu dem Santiago Carrillo mit seinem Buch »Eurokommunismus und der Staat« verholfen hatte: es ließen sich politische Strategien nun innerhalb der Staatsapparate, insbesondere natürlich innerhalb der »weichen« ideologischen, entwickeln und rechtfertigen. Nach der im Endeffekt frustrierenden Revolutionsrhetorik der »Bewegungsphase« Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre schien die Perspektive eines langwierigen, aber erfolgversprechenden »neuen Reformismus« entwickelbar zu sein, und dies noch dazu transnational auf westeuropäischer Ebene. Die nun anstehende Gramsci-Debatte war unauflösbar mit der Strategiedebatte über Reformismus und Reformgradualismus, Reformkapitalismus und die »Dialektik« von Reform und Revolution verknüpft, zu der schon in den 60er Jahren Lelio Basso, dessen wichtigste Schriften in deutscher Sprache zugänglich waren, seinen unverzichtbaren Beitrag geleistet hat.

### Das Projekt des Eurokommunismus

Die Zeit war gekommen, in der auch die westdeutsche Linke die Begründung für den »historischen Kompromiß« Enrico Berlinguers von 1973 nicht mehr als politische Bankrotterklärung denunzierte, sondern als umsichtige strategische Formel — des Eurokommunismus — propagierte. Die Frage nach dem Zusammenhang von Sozialismus und Demokratie, von Rosa Luxemburg thematisiert, von Wolfgang Abendroth offensiv als »Kampf um Verfassungspositionen« gegen die Restauration der 50er Jahre ausgelegt und in den späten 60er Jahren in der BRD von Oskar Negt immer wieder aufgeworfen, stand auf einmal im Zentrum der politischen Debatten der westdeutschen Linken. Und es war eine konkrete Frage, da mit dem »deutschen Herbst« 1977 der Wert demokratischer Verhältnisse an sich, im realen Sozialismus wie in der bürgerlichen Gesellschaft, brennend deutlich geworden war, auch wenn innerhalb der westdeutschen Linken darüber eine heiße Debatte entbrannte, die

— mit Italien durchaus vergleichbar — durch eine Reihe terroristischer Aktionen von »links« ausgelöst wurde. Der platte Antifaschismus — in der Demonstrationsparole bestens zusammengefaßt: »Kapitalismus führt zum Faschismus; Kapitalismus muß weg« — wurde differenzierter: demokratische Formen in der bürgerlichen Gesellschaft waren gegen autoritäre Tendenzen zu verteidigen, ohne damit sogleich die Perspektive des »Sozialismus« (quale socialismo? müßte ja mit Bobbio gefragt werden) aufs Tapet zu setzen.

In dieser Situation besann sich die Linke Westdeutschlands der theoretischen Begründungszusammenhänge für »eurokommunistische« Strategie. Arbeitskreise zur Lektüre der nun en masse auf den Markt geworfenen Beiträge zur »Gramsci-Debatte« — wobei sich der »Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung« ein Verdienst erworben hat — entstanden allerorten; Konferenzen zu Strategie- und Theoriefragen der westeuropäischen Arbeiterbewegung gehörten zur Pflicht jeder Organisation, die Mitte der 70er Jahre in der Linken beanspruchte, eine »hegemoniale« Rolle spielen zu sollen (das Wort »Führungsrolle« war inzwischen verpönt). Doch die großen theoretischen Beiträge blieben in Westdeutschland aus; ein Buch wie das von Christine Buci-Glucksmann über »Gramsci und der Staat«, ein Begründungsversuch einer neuen, auf die Gegenwart bezogenen politischen Philosophie, hat es nicht gegeben. Die wichtigsten »Übersetzungen« der theoretischen Kategorien Gramscis stammen von Annegret Kramer und Karin Priester; jedenfalls waren sie die ersten, die sich die italienischen Originale vornahmen, um nicht auf die zufälligen oder mit einseitiger Perspektive zustande gekommenen Auswahlen von Gramsci-Texten beschränkt zu bleiben.

### **Der Skandal der nicht erscheinenden Gesamtausgabe der Werke Gramscis**

In diesem Zusammenhang ist auch an das Projekt des Suhrkamp-Verlags zu erinnern, das Werk Gramscis in einer von E. Mazzone betreuten Fassung herauszugeben. Der Beginn dieses Projekts liegt inzwischen mehr als ein Jahrzehnt zurück — und bis heute ist, obwohl die Übersetzungen zum Teil fertig sind, nicht ein Band der Gesamtausgabe erschienen. Liegt es am Herausgeber, der mit dem Werk überfordert ist? Liegt der Grund in der mangelnden Qualität der Übersetzungen? Ist vielleicht auch das Desinteresse des Verlags (der Verlage, denn inzwischen sind die Rechte wohl vom Suhrkamp-Verlag an einen anderen Verlag übergegangen) verantwortlich, nachdem das »Gramsci-Fieber« abgeklungen ist, weil sich zu viele potentielle Käufer bei der Lektüre der Masse an unträglichen Übersetzungen und kunterbunt mit Gramscis Kategorien herumwerfenden Aufsätzen so starke Kopfschmerzen geholt haben, daß sie von Gramsci nichts mehr wissen wollen? Gleichgültig welches der Grund ist, das Faktum, daß auch 50 Jahre nach dem Tod des großen politischen Theoretikers und theoretischen Politikers sein Werk noch immer nicht in deutscher Sprache vorliegt, steigert sich zum Skandal.

Dieser hat natürlich seine fatalen Konsequenzen. Denn spätestens seit Anfang der 80er Jahre mischen sich in die Gramsci-Debatte auf der einen Seite diejenigen, denen die Heterodoxie viel zu weitgehend ist, zumal wenn sich die Kritik an politischen Strategien auch auf die Welt des realen Sozialismus ausweitet, und auf der anderen Seite diejenigen, die auf der Su-

che nach der verlorenen Mehrheit auf Begriffe stoßen, mit denen — »Hegemonie-Abrakadabra« — möglich zu sein scheint, diese vielleicht doch wieder herbeizubeschwören.

In seinem Nachwort zur — gekürzten — Ausgabe »Gramsci und der Staat« von Christine Buci-Glucksmann bemüht sich Hans-Jörg Sandkühler um eine Eingrenzung der Reichweite der Kritik, die im Verlauf der internationalen Gramsci-Debatte auch am »realen Sozialismus« geübt worden ist. Gramscis Theorie dürfe nicht »zur Magd einer politischen Schwenkung« gemacht werden, indem er zum »Theoretiker einer antistaatlichen, basisdemokratischen Hegemonie und folgerichtig... zum Kritiker der III. Internationale und der KPdSU (vereinsseitig) werde«. Gegenstand dieser allgemeinen und daher zustimmungsfähigen Warnung ist eine Kritik am »sowjetischen Modell mit seinen permanenten Angriffen auf die Freiheiten, seinen psychiatrischen Anstalten, seiner Blockierung einer jeden wirklichen Massendialektik...«, die Buci-Glucksmann ein Jahr fünf nach Erscheinen von »Gramsci et l'état« geübt hat, sicherlich auch unter dem Eindruck der radikalen Kommunismus-Kritik der *nouveau philosophie* in Frankreich. Bezogen auf diesen Gegenstand der Kritik kann der Warnung freilich nicht mehr beigepflichtet werden, zumal hier ein generelles Problem jeder politischen Theorie offenbar wird: Wie tief kann ihr kritischer Stachel gestoßen werden und welche Zonen werden für ihn sozusagen zum Tabu erklärt? Ist es möglich, politische Theorie zu betreiben, ohne ihre Wendungen auf ein politisches Projekt zu beziehen und davon beeinflussen zu lassen? Die Theorie Gramscis ist nun einmal neu gelesen worden unter dem Anspruch, ein politisches Projekt der westeuropäischen Arbeiterbewegung in modernen, demokratisch strukturierten bürgerlichen Gesellschaften zu begründen. Und mit diesem Anspruch hört jede Theorie auf, bloß Theorie zu sein: sie transformiert sich gerade in »Philosophie der Praxis«, öffnet sich damit aber auch Diskursen, deren Medien nicht nur der Kategorienwelt des Theoretikers entnommen werden können, sondern zur praktischen Veränderung geeignet sein müssen. Materialistische Kritik hat dies immer schon begriffen: daß Kritik durch die theoretischen Formen hindurch die tatsächlichen Verhältnisse treffen muß, um relevant zu sein. Ohne Frage gehören zu den tatsächlichen Verhältnissen des letzten Viertels des 20. Jahrhunderts die realen, banalen und unrealen Sozialismen, deren Kritik natürlich nicht ausgespart werden kann, wenn es doch gerade um die theoretische Antizipation der Vermeidung einer »passiven Revolution« geht. Wenn schon das Projekt des »dritten Weges« entworfen wird, dann notwendigerweise in Kritik am bürgerlichen wie am real-sozialistischen Weg. Indem also von Sandkühler, der ja für die westdeutsche theoretische wie politische Orthodoxie steht, die Kritik am realen Sozialismus als »ungramscianisch« zurückgewiesen wird, lehnt er zugleich das politische Projekt des »Eurokommunismus« ab, ohne dies freilich offen auszudrücken. Erst 1981, nach dem Putsch der polnischen Generäle vom 13. Dezember, war Farbe zu bekennen, in Italien in den Diskussionen mit Armando Cossutta, in der BRD mit der gesamten kommunistischen Partei und ihrem theoretischen Anhang; mit der Rechtfertigung des Putsches wurde auch das Projekt des »dritten Weges«, das Enrico Berlinguer noch einmal in seiner Reaktion auf den Polenputsch (»Unita« vom 18. 12. 1981) als »eurolink« Antwort und Perspektive entfaltet hatte, zurückgewiesen.

## Die SPD beschreitet den »dritten Weg«

In der Absicht, den »dritten Weg« zu beschreiten, trafen sich in der Bundesrepublik »Gramscianer« und diejenigen, die sich eher der austromarxistischen Tradition verpflichtet fühlten, also ein Teil des linken Flügels in der SPD. Nach der konservativen »Wendek«, also nach dem Verlust der sozialliberalen Regierungsmehrheit im Herbst 1982 und nach der Wahlniederlage der Sozialdemokratie vom Frühjahr 1983, stellte es sich sehr bald heraus, daß aus der Ära des »Machers« Schmidt nicht viel mehr hervorgegangen war als ein gähnendes Loch dort, wo einstmals auch in der Sozialdemokratie theoretische Diskussionen und strategische Debatten stattgefunden hatten. In dem Loch tummelten sich die rechten Kanalarbeiter in dumpfer Wut über den Machtverlust, der für viele materielle Einbußen und Positionsverlust bedeutet hatte. Auf der Suche nach der geeigneten Theorie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert entdeckte man nun auch in der Sozialdemokratie die anrufende Kraft der Kategorien der politischen Theorie Gramscis. Der alerte Generalsekretär Glotz, im Formulieren von eingängigen Texten erfolgreicher (ja, nachgerade durchtrieben) als bei der praktisch-politischen Umsetzung dessen, was sich zu Papier bringen läßt, übernimmt in seinem 1985 veröffentlichten »Manifest für eine Neue Europäische Linke« skrupellos alle Begriffe, die bislang die Orientierungsgrößen der Linken waren, die von der Sozialdemokratie zum Teil wegen dieser Begriffe mit Berufsverbot bedacht worden sind: Um »kulturelle Hegemonie«, um »eine neue Stufe der Bündnisfähigkeit«, um einen »neuen historischen Block«, um »soziale Demokratie« und »ökologischen Strukturwandel« geht es, um ein politisches Projekt der strukturellen Reformen also. Es scheint, als ob von der westdeutschen Sozialdemokratie der Staffettenstab im Rennen um ein linkes Projekt für Westeuropa vom »Eurokommunismus«, der Mitte der 80er Jahre ohne Pomp und Trauer zu Grabe getragen wird, übernommen worden wäre, den sie nun als »Eurolinke« — wegen des Scheiterns der selbstbewußt-optimistischen eurokommunistischen Strategien — konkurrenzlos weitertragen kann.

## Neue politische Subjekte — neue Theorieansätze

Doch anders als Mitte der 70er Jahre reizt weder dieses noch das politische Projekt der Grünen zu den ausufernden theoretischen Debatten, in deren Zentrum Gramscis politische Theorie stand. Der Grund könnte damit zu tun haben, daß die »politische Theorie einer Revolution im Westen« Subjekte explizit voraussetzt, deren politische Kraft zur gesellschaftlichen Transformation am Ende des 20. Jahrhunderts anders als in seinem ersten Drittel, in dem Gramsci seine Texte schrieb, bezweifelt wird: das Proletariat und die politische Partei. Das Konzept von Hegemonie und historischem Block bei Gramsci setzt ja die politische Zentripetalkraft der Arbeiterklasse voraus; und der Begriff der »direzione« macht nur auf die politische Partei der Arbeiterklasse angewandt einen Sinn.

Das aktuell-politische Interesse an Gramscis Theorie hat sich in Respekt vor dem großen Theoretiker verwandelt. Respekt regt nicht gerade zur intensiven Auseinandersetzung mit dem Respektierten an. Und daher ist es auch nicht verwunderlich, daß es der PROKLA, die

sich Mitte der 70er Jahre an der Gramsci-Debatte und an den Diskussionen über eurokommunistische Strategien beteiligt hatte, nicht gelingen wollte, einen kompetenten Autor zu finden, um eine Würdigung Gramscis anlässlich seines 50. Todestages zu verfassen. Dabei geht es gar nicht nur um die Würdigung des Theoretikers und Politikers, sondern um die Aufnahme der Fragen und die Weiterentwicklung der Antworten, die Gramsci bewegt und die ihre Aktualität auch heute nicht verloren haben.